

DER RING

A portrait of a young man with short brown hair and a light beard, smiling warmly. He is wearing a dark blue blazer over a light blue collared shirt and a dark blue sweater. The background is a blurred stone wall.

- + Nein zum Genderzwang
- + Für soziale Absicherung
- + Corona: Normalität statt Hysterie
- + Weg mit der ÖH-Zwangsmitgliedschaft

**MUT ZUR
FREIHEIT**
RING FREIHEITLICHER STUDENTEN

Freiheit der Universitäten ist in Gefahr!

„Cancel Culture“ bedroht die europäischen Werte

Regelmäßig werden von Spitzenpolitikern der Europäischen Union die „europäischen Werte“ bemüht; oftmals sollen damit jedoch nur Kritiker diverser EU-Maßnahmen mundtot gemacht werden.

Bei einem heiklen Punkt, einer Entwicklung, die ganz fundamental die Werte der freien Meinungsäußerung sowie der Freiheit von Wissenschaft und Lehre in Frage stellt, schweigen die Spitzenpolitiker der EU beharrlich. Aus dem angloamerikanischen Raum kommend fegt ein Sturm der „Cancel Culture“ über Europa, insbesondere über Europas Universitäten. Es ist ein ebenso plumper wie wirkmächtiger Versuch, unliebsame Meinungen aus der Öffentlichkeit zu verbannen. Doch gerade im universitären Bereich geht dieser Versuch noch um einen bedeutsamen Schritt weiter. Nicht nur missliebige Meinungen oder Gruppen sollen aus dem universitären Leben ausgeschlossen werden. Auch die Einschränkung der Freiheit von Forschung und Lehre selbst ist das Ziel, eine ergebnisoffene Forschung ist damit nicht mehr möglich. Nicht der freie Austausch von Argumenten als Grundlage wissenschaftlichen Fortschritts ist das Ziel dieser Bewegung. Lehre und Forschung soll politischen Zielen folgen. Die Universitäten werden damit in den Zustand vor der Aufklärung zurückversetzt; die Inquisition kehrt in neuem Gewand zurück. Nicht zufällig erinnert diese Bewegung damit an die Zeit der Kulturrevolution in China, als Wissenschaft per se als reaktionär galt; sind es doch linksextreme Gruppen, die diese Entwicklung mit besonderem Eifer vorantreiben. Das erklärt auch die Gewaltbereitschaft wenn es gilt, die unliebsamen Geister aus der Universität zu vertreiben. Das

gilt für „feindliche“ Professoren ebenso wie für Studenten. Blockaden, um die Unerwünschten zum Schweigen zu bringen, sind dabei nur das gelindeste Mittel.

Österreich ist leider keineswegs eine Insel der Seligen, wie allein zwei Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit eindrücklich demonstrieren.

Als bekannt wird, dass die bekannte Feministin Alice Schwarzer im Dezember 2019 zu einem Auftritt an der Universität für angewandte Kunst eingeladen worden ist, regt sich sofort Widerstand von der dortigen Hochschülerschaft. Schwarzer wird „antimuslimischer Rassismus“ vorgeworfen, auch an einer kritischen Diskussion im Anschluss an die Veranstaltung ist die Hochschülerschaft mit Verweis auf andere, aus ihrer Sicht geeignete Personen nicht interessiert. Und außerdem wolle man „eine diskriminierungsfreie Universitätskultur und ein sicheres, solidarisches und respektvolles Umfeld für alle.“ Für alle, außer sie sind nicht unserer Meinung, wäre etwas ehrlicher gewesen. Entlarvend ist auch die Verteidigung von ÖH-Vertretern für ihr Vorgehen: „Es geht einfach nicht, dass schon wieder eine weiße Frau etwas dazu sagen darf.“

Wenige Tage davor stören Linksextremisten eine Vorlesung des Historikers Lothar Höbelt, im Jänner 2020 kommt es zu Gewalttaten verummter Linksextremisten, die die Hörer von Höbelts Vorlesung angreifen.

Höbelt müsse entlassen werden, assistiert die Hochschülerschaft den Gewalttätern.

Zu einer direkten Verurteilung der gewaltbereiten Extremisten durch die Universität Wien kommt es nicht, im Gegenteil wirft das Institut für Geschichte Höbelt zu allem Überfluss Provokation vor.

Diese beiden exemplarischen Vorfälle zeigen einerseits wie weit sich die Vorkämpfer der Cancel Culture bereits von jeglichem akademischen Diskurs sowie sachlicher Argumentation entfernt haben und andererseits, dass auch Gewaltanwendung zur Durchsetzung ihrer Forderungen kein Tabu ist.

Ähnliche Entwicklungen kennzeichnen inzwischen die Universitäten in den meisten EU-Mitgliedsstaaten, so dass man getrost von einem europäischen Problem sprechen kann. Das Schweigen der EU zu diesem Problem ist umso bedenklicher, als die akademische Freiheit im Artikel 13 der EU-Grundrechtscharta explizit festgehalten ist. Es ist höchst an der Zeit, diesem Grundrecht wieder zu seiner Geltung zu verhelfen.

Eine Information der Fraktion „Identität und Demokratie“ im Europäischen Parlament.



Das Europäische Parlament übernimmt keine Verantwortung für Aussagen oder Meinungen, die in dieser Publikation enthalten sind und deren Weiterverbreitung.

Die ÖH von der Vielzahl an Zwängen befreien!

Dem Ring Freiheitlicher Studenten ist es ein Anliegen, für die Freiheit der Wissenschaft und Lehre auf Österreichs Universitäten einzutreten.

Liebe Studentin, lieber Student!

Als Ring Freiheitlicher Studenten (RFS) fühlen wir uns zu einer kritischen Auseinandersetzung mit dem System der Österreichischen Hochschülerschaft (ÖH) und dem darin vorherrschenden Zeitgeist verpflichtet. Die aktuelle Ausgabe unseres Studentenmagazins „Der Ring“ soll verschiedensten Wegbereitern einer neuen, wertekonservativen politischen Richtung die Möglichkeit geben, ihre Meinung zur Diskussion zu stellen. In einer funktionierenden Demokratie ist das Prinzip der Meinungsppluralität ein essenzielles Merkmal. Die kontroverse Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Sichtweisen trägt nicht nur zur Klärung des eigenen Standpunktes bei, sondern fördert auch die Entwicklung von Toleranz gegenüber anderen Meinungen. Damit Du als Student ein Verständnis für unsere Vorstellungen entwickeln kannst, möchte ich im Folgenden versuchen Dir unsere inhaltlichen Positionen näherzubringen.

Weg mit der ÖH-Zwangsmitgliedschaft

Die Österreichische Hochschülerschaft (ÖH), missbraucht seit Jahrzehnten ihre Stellung als gesetzliche Interessenvertretung der Studenten in Österreich. Anstatt sich um die Probleme der Studenten zu kümmern, nimmt sie großteils Aufgaben wahr, die nicht in ihrem Arbeitsbereich liegen. Durch die Instrumentalisierung von politisch linken Fraktionen, werden die ÖH-Beiträge seit Jahrzehnten für die absurdesten Projekte ausgegeben. So wurden in der Vergangenheit beispielsweise Demo-Busse, Anal-Lecktücher, Analsex-Workshops, Kommunisten-Partys oder Antifa-Seminare davon finanziert. Erst kürzlich hat die ÖH die „demokratischen Proteste“ in Nigeria gegen Polizeigewalt unterstützt. Damit die Studenten diese Schwachsinigkeiten und Absurditäten nicht mehr zwangsweise mitfinanzieren müssen, sollte ein Modell eingeführt werden, das auf dem Prinzip der Freiwilligkeit beruht. Neben der Zweckentfremdung der Mittel, ist es aber vor allem, die Zwangsmitgliedschaft als solches, die uns am derzeitigen ÖH-Modell stört. Wir sprechen dabei ganz bewusst von Zwang, weil Zwang auch dadurch definiert ist, dass es keine alternative Möglichkeit gibt, für die



Bild: Der 23-jährige Wiener Matthias Kornek ist RFS-Bundesobmann & Spitzenkandidat.

man sich frei entscheiden kann. Wer den ÖH-Beitrag nicht zahlt, wird schlicht exmatrikuliert. Eine starke Interessenvertretung sollte aber durch Leistungen überzeugen und braucht daher keinen Zwang. Jeder Student sollte sich frei entscheiden können, ob er Mitglied der ÖH sein möchte, oder eben nicht.

Corona: Normalität statt Hysterie!

Durch die Dauer-Lockdown-Politik der schwarz-grünen Bundesregierung sind unsere Hochschulen seit über einem Jahr fast durchgehend geschlossen. Viele der jüngeren Studenten haben ihre Hochschule noch nie von innen gesehen und das klassische Studentenleben kennt man nur noch aus Erzählungen. Die völlig unverhältnismäßige Corona-Hysterie lähmt nicht nur den gesamten Wissenschaftsbereich, sondern vor allem auch das Leben jedes einzelnen Studenten. Dieser Zustand ist aber keineswegs eine unausweichliche Notwendigkeit, sondern viel mehr das Resultat absoluter Planlosigkeit von Schwarz-Grün. Für uns ist klar, dass sobald alle Risikogruppen die Möglichkeit erhalten haben, ein zügiger Prozess zurück zur Normalität eingeleitet werden muss.

Dafür stehen wir:

- Weg mit der ÖH-Zwangsmitgliedschaft
- Corona: Normalität statt Hysterie
- Nein zum Genderzwang
- Für soziale Absicherung



Bild: Viele Studenten arbeiten sehr hart, um sich ihr Studium zu finanzieren. Anstatt ihre Zwangsbeiträge für fragwürdige Projekte zu verschwenden, sollte sich die ÖH um die soziale Absicherung der Studenten kümmern.

Bis dahin darf die akademische Ausbildung aber keinesfalls stillstehen. Praxisübungen, beispielsweise in Laboren, sind in vielen Studien ein essenzieller Faktor für den Fortschritt. Daher müssen unsere Hochschulen umgehend wieder öffnen und Möglichkeiten zur Absolvierung dieser schaffen. Dies kann bereits mit einfachsten Konzepten gelingen. Das Maskentragen und die Einhaltung eines Mindestabstandes reichen völlig aus, um Lehrveranstaltungen in einem kleineren Rahmen vor Ort zu ermöglichen. Wer dies nicht möchte, soll die Möglichkeit bekommen gratis einen Antigen-Schnelltest zu machen. Ist dieser negativ, soll die Hochschule auch ohne Maske und Mindestabstand betreten werden können. Wo wir uns klar dagegen aussprechen, sind alternative Corona-Zwangstests, die bereits jetzt an vielen Hochschulen für das Besuchen von Lehrveranstaltungen oder das Ablegen von Prüfungen verlangt werden. Auch die Entwicklungen rund um den Corona-Impfpass sind bedenklich und besorgniserregend zugleich. Es entsteht eine neue Zweiklassengesellschaft, die den Hochschulbereich mit voller Wucht trifft. So ist beispielsweise in einigen Ländern das Betreten der Hochschulen nur mehr nach erfolgter Impfung

möglich. Medizinische Atteste oder eine Impfung dürfen aber keinesfalls zu Bedingungen werden, um studieren zu können!

Nein zum Genderzwang!

Für uns steht es außer Frage, dass Mann und Frau gleichwertig sind und daher auch dieselben Rechte und Pflichten haben. Folglich steht für uns fest, dass auch im akademischen Bereich Frauen einen wesentlichen Beitrag leisten. Es ist daher eine Frage der Vorgehensweise, wie die letzten Reste von Ungleichbehandlung entfernt werden können. Genau hier widersprechen wir in einigen Punkten den politischen Mitbewerbern. Für die freiheitliche Bewegung ist es eine Tatsache, das Geschlecht („sex“) angeboren ist. Wir stellen uns somit gegen die Theorie des sozial anerzogenen oder „konstruierten“ Geschlechts („gender“). Gemäß dieser Überzeugung lehnen wir jeden Versuch ab, „Gendermainstreaming“ als Faktum in der Gesellschaft und damit auch an unseren Hochschulen zu etablieren. Das vorgegebene Ziel des „Gendermainstreaming“, nämlich die Gleichstellung der Geschlechter und die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit durch Aberkennen des angeborenen Geschlechtes, wird unserer Meinung nach dadurch nicht erreicht. Ebenso wenig kann Gerechtigkeit durch gegenderte Schriften hergestellt werden. Der Effekt eines gegenderten Textes ist unserer Meinung nach lediglich eine Verzerrung der Sprache sowie ein unnötiger Mehraufwand. Eine Verpflichtung zur gendergerechten Sprache, die bei mittlerweile fast allen akademischen Arbeiten gefordert wird, ja sogar zu einem Kriterium von Wissenschaftlichkeit erhoben wird, lehnen wir klar ab.

“
Eine Verpflichtung zur gendergerechten Sprache lehnen wir klar ab.

lich eine Verzerrung der Sprache sowie ein unnötiger Mehraufwand. Eine Verpflichtung zur gendergerechten Sprache, die bei mittlerweile fast allen akademischen Arbeiten gefordert wird, ja sogar zu einem Kriterium von Wissenschaftlichkeit erhoben wird, lehnen wir klar ab.

Soziale Absicherung

Im Durchschnitt benötigen Studenten in Österreich zwischen 600 und 1.000 Euro monatlich, um seine gesamten Ausgaben decken zu können. Dies beinhaltet die Kosten für Wohnen, Lehrmaterial, Verpflegung und Studentenleben. Fast 80% der Studenten arbeiten neben dem Studium, trotzdem geben nur 40% der Studenten an, mit ihrem Geld auszukommen. Das Subsidiaritätsprinzip, wonach staatliche Beihilfen erst ausbezahlt werden, wenn

Bild: Die Verpflichtung zur gendergerechten Sprache, die bei mittlerweile fast allen akademischen Arbeiten gefordert wird, trägt nichts zur tatsächlichen Gleichstellung der Geschlechter teil. Der Gender-Zwang stellt nur einen unnötigen Mehraufwand dar. Zahlreiche Studenten sehen deshalb kein Kriterium für Wissenschaftlichkeit darin, sondern nur eine zusätzliche lästige Hürde.



sich Studenten ihren Lebensunterhalt nicht mehr selbst finanzieren können, muss sich für Studenten ändern, damit sie sich nicht ständig in finanziellen Schwierigkeiten befinden. Wir fordern daher eine massive Ausweitung staatlicher Förderungen sowie den Abbau zahlreicher Hürden im Beihilfensystem. Die Familienbeihilfe wird beispielsweise derzeit nur bis zum 24. bzw. zum 25. Lebensjahr ausbezahlt. Der durchschnittliche Student ist mit Abschluss seines Masters jedoch fast 27 Jahre alt. Wir fordern daher eine längere Auszahlung der Familienbeihilfe, angepasst an die durchschnittliche Studiendauer der Studenten. Darüber hinaus müssen für Studenten mit Kindern endlich mehr Unterstützungsleistungen zur Verfügung gestellt werden. Wir fordern an größeren Universitäten, ähnlich wie in Deutschland, die Errichtung von Universitätskindergärten, um die Betreuung auch während Lehrveranstaltungen sicherzustellen. Kinder sind die Zukunft unserer Gesellschaft und ein Studienabschluss mit Kind soll ohne größere Komplikationen möglich sein!

Ich wünsche Euch trotz der aktuell schwierigen Situation ein erfolgreiches Studiensemester und natürlich beste Gesundheit!

Matthias Kornek
RFS Bundesobmann & Spitzenkandidat

Matthias Kornek

Mein Name ist Matthias Kornek. Ich bin 23 Jahre alt und im 10. Wiener Gemeindebezirk geboren und aufgewachsen. Nach bestandener Matura am Wiener Ballsporthaus und Wehrdienst in der Salzburger Schwarzenbergkaserne, habe ich begonnen, an der Universität Wien Politikwissenschaften und Publizistik zu studieren. Dort habe ich bereits in den Einführungsveranstaltungen lernen müssen, dass die vereinigte Linke offenbar die moralische Alleinherrschaft für sich beansprucht. Der konservative Student, der auch Kritik am vorgetragenen Inhalt übt, wird lediglich als Fremdkörper wahrgenommen. Daher ist mir die Entscheidung, dem RFS beizutreten und auch hochschulpolitische Verantwortung zu übernehmen, nicht schwergefallen.



Eine Stimme für Österreichs Jugendliche.

Maximilian Krauss
Bundesobmann

Die Freiheitliche Jugend ist Österreichs
patriotische Jugendorganisation.

www.fj.at





„Die junge Generation wird ihrer Zukunft beraubt!“

Bild: Herbert Kickl im Interview: „Um einen Bruchteil der Milliarden, die der Lockdown jetzt kostet, kann man sich eine größere Spitalsstruktur leisten. Das kommt dem Gesundheitssystem insgesamt zu Gute.“

“
Eine Studie der Stanford Universität belegt dass Lockdowns überhaupt nichts bringen.

Im Interview mit „Der Ring“ spricht **FPÖ-Clubobmann Herbert Kickl** Klartext über die Corona-Maßnahmen, mit denen die schwarz-grüne Regierung die Österreicher drangsaliert.

Herr Clubobmann Kickl, wie sehen Sie die Auswirkungen der Regierungspolitik auf die jungen Menschen in Österreich?

Herbert Kickl: Eine der verwerflichsten und schlimmsten „Nebenwirkungen“ der absurden und verfassungswidrigen Corona-Maßnahmen der schwarz-grünen Bundesregierung ist der Umstand, dass die junge Generation in unserem Land ihrer Zukunft beraubt wird. Das zieht sich von den Schülern über die Lehrlinge bis hin zu den Studenten, die allesamt nicht nur sozial isoliert werden, sondern unter Bildungsrückständen und Bildungsverlusten zu leiden haben, obwohl es keinerlei Nachweis für Corona-Cluster in Universitäten und Schulen gibt. Aber das fügt sich leider nahtlos ins chaotische Bild, das die Bundesregierung seit einem Jahr abgibt. Ihre Maßnahmen basieren auf Drohgebärden, Angst- und Panikmache, sie sind weder evidenzbasiert noch verhältnismäßig. Mit dem letzten Lockdown hat der Kanzler endgültig einen Vernichtungsfeldzug gegen Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Bildung und Gesellschaft gestartet.

Was würden die Freiheitlichen anders machen?

Kickl: Die FPÖ hat bereits in der ersten Jännerhälfte einen Fünf-Punkte-Plan vor-

geschlagen. Dieser beinhaltet ein sofortiges Ende des Lockdowns, ehrliche und transparente Daten als Entscheidungsgrundlage, eine verpflichtende Überprüfung und Begutachtung aller bisherigen und künftigen Maßnahmen, konsequenten und rascheren Schutz der Bevölkerung über 75 Jahre und der Risikogruppen sowie eine Aufstockung der Behandlungskapazitäten und der Kapazitäten der Gesundheitsbehörden. Und für unsere Schüler und Studenten muss es ebenfalls heißen: Schulen und Universitäten auf - mit Hygienemaßnahmen, Abstandsregeln, größeren Räumen, Acrylglas-Schutzwänden und mobilen Raumlufthereinigern.

Muss man sich um die Meinungsfreiheit in Österreich Sorgen machen?

Kickl: Ja, leider schon. Besonders verwerflich sind natürlich die Einschränkungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit durch völlig willkürliche Demonstrationsverbote. Damit hat ÖVP-Innenminister Nehammer einen Großangriff auf die Versammlungsfreiheit und die freie Meinungsäußerung unternommen, einen unglaublichen Tabubruch, der einen Schandfleck in den Geschichtsbüchern hinterlassen wird. Dieser Akt der Willkür

und Gewaltausübung zeigt, dass die Regierung nichts von jenen Werten verinnerlicht hat, die sie bei Jubiläen der Republik vorgeblich immer hochhält. Es handelt sich um einen intellektuellen, moralischen und demokratiepolitischen Offenbarungseid. Das Versammlungsrecht ist ein hohes Gut und dementsprechend rechtlich stark abgesichert im Staatsgrundgesetz und in der Europäischen Menschenrechtskonvention. Ein Verbot einer Versammlung braucht einen ganz exakten Nachweis der Verhältnismäßigkeit und kann wirklich nur die ultima ratio sein. Die Argumentation mit einer Gefahr, die möglicherweise auftritt, ist dafür absolut nicht ausreichend. Das Verbot war eine politische Auftragsarbeit, um die Stimmen oppositioneller Politiker und der Bürger nicht hören zu müssen.

Können wir trotzdem ein wenig optimistisch sein?

Kickl: Das können wir trotz allem, denn das Bermuda-Dreieck aus Lockdown, PCR-Tests und Maskenpflicht, mit dem die Regierung ihre Angst- und Panikstrategie begründet, bricht langsam in sich zusammen. Die Stanford Universität belegt in einer umfassenden Studie des weltweit renommierten Prof. John Ioannidis, dass Lockdowns überhaupt nichts bringen. Man muss nur nach Schweden schauen: Dort ist man ohne Lockdown und ohne Zwangsmaßnahmen wie zum Beispiel genereller Maskenpflicht und strengen Abstandsregeln erfolgreich. Keine Zwänge, keine Bevormundung, dafür Freiheit und Optimismus, statt weit verbreiteter Angst und Panik. Seit November gehen dort die Covid-Sterbezahlen zurück. Und obwohl wir mitten im Winter stehen, sind auch die Infektionszahlen rückläufig. Dafür geht es der Wirtschaft viel besser als unserer.

Die Regierung behauptet immer, dass das Gesundheitssystem demnächst zusammenbrechen könnte...

Kickl: Es droht derzeit bei uns kein Kollaps des Gesundheitssystems, wie immer behauptet wird. Sonst könnten wir ja nicht portugiesische Patienten in österreichische Spitäler übernehmen, die dann wieder unsere heimische Belagsstatistik erhö-

hen. So schafft man künstliche Engpässe. Generell muss der Kurs der Spitalschließungen der Vergangenheit als falsch bewertet werden. Um einen Bruchteil der Milliarden, die der Lockdown jetzt kostet, kann man sich eine größere Spitalsstruktur inklusive mehr Ärzten und Pflegepersonal leisten. Das kommt dem Gesundheitssystem insgesamt zu Gute.

Wie lautet Ihr Fazit?

Kickl: Diese Regierung regiert planlos und autoritär und richtet Österreich dabei zugrunde. Daher kann ich hier nur einen Satz wiederholen, den man mittlerweile unzählige Male in ganz Österreich hört: Kurz muss weg! ●



Stadtrat Dominik Nepp:

**Für Freiheit, Grundrechte
und Demokratie!**

FÜR EUCH IM WIENER RATHAUS!

Mut zur Freiheit!

FPÖ-Bundesparteiobmann Norbert Hofer richtet sich mit diesem Beitrag an die freiheitliche Studentenschaft.

Das letzte Jahr stellte uns alle vor große Herausforderungen. Unser aller Leben wurde durch das Virus COVID-19 und die damit einhergehenden Verordnungen der Bundesregierung plötzlich, von einem Tag auf den anderen, eingeschränkt und ist das alles überlagernde Thema geblieben. Es wurden sämtliche Bereiche unseres Lebens beeinflusst: Sei es die Gesundheit, die Wirtschaft, die Bildung oder das soziale Gefüge, das durch die Krise in Mitleidenschaft gezogen wird. Es wurden Kinder fortan daheim unterrichtet, zahlreiche Betriebe schlossen, die Angestellten gingen in Kurzarbeit und mussten ihre Arbeit von zu Hause aus erledigen, sofern sie denn noch eine hatten: Vielen Menschen wurde auf einmal der Boden unter den Füßen weggezogen.

Freiheit gilt uns als höchstes Gut

Jedoch darf auch das Coronavirus nicht als Rechtfertigung dienen, um den Menschen die Freiheit zu nehmen. Das Ordnungschaos der schwarz-grünen Bundesregierung rief auch den Verfassungsgerichtshof auf den Plan, der mehrere Verordnungen

als verfassungswidrig einstufte. Durch das rigorose Einschreiten der Exekutive auf Geheiß des Innenministers fühlten sich unbescholtene Staatsbürger zu Unrecht wie Verbrecher. Zu guter Letzt plante der Gesundheitsminister auch Einschränkungen im privaten Wohnbereich der Menschen. All das ist mit unserer Verfassung nicht vereinbar und das müssen wir auch aufzeigen.

Für die Wahlfreiheit

Der erhoffte Heilsbringer in der Pandemie wird nicht allein der Impfstoff sein, weil mit weiteren Mutationen zu rechnen sein wird. Es ist zu hoffen, dass es die baldige Zulassung eines Medikaments zur Abmilderung der durch Corona verursachten Symptome gibt. Damit würden Krankenhausaufenthalte und medizinische Behandlungen nur mehr in Ausnahmefällen notwendig sein. Österreich könnte dabei führend sein. Doch von der heimischen Politik gibt es bis dato dafür kaum eine angemessene Unterstützung.

Auch bei der Impfstoffbeschaffung hat die Regierung ein Chaos hinterlassen und es nicht geschafft, für all die Menschen, die geimpft werden wollen, genügend Dosen zur Verfügung zu stellen. Stattdessen wird ein „Grüner Pass“ forciert, der Menschen Privilegien einräumen soll. Dieser Ausweis, mit dem man nicht geimpfte, nicht getestete oder zuvor nicht infizierte Menschen dauerhaft ihrer Freiheit berauben will, ist der Höhepunkt einer gefährlichen und inhumanen Entwicklung. Dadurch kommt es zu einer Spaltung der Gesellschaft und es wird eine Tür aufgestoßen, die ähnliches auch in vielen anderen Bereichen möglich macht.

Schluss mit dem Dauer-Lockdown

Die langfristige Strategie gegen das Virus könne nur sein, dass alle evidenzbasierten Maßnahmen umgesetzt werden, die zur Bekämpfung des Virus wirksam sind und praxisnahe umgesetzt werden können. Lockdowns fallen nicht darunter, wie die Vergangenheit gezeigt

hat. Sie werden von den Menschen nicht mehr mitgetragen.

Freiheit der Lehre

Der RFS ist die einzige Fraktion der ÖH, die sich glaubhaft gegen Einschränkungen der Freiheit an den Hochschulen einsetzt. Die Förderung der Wissenschaft, der Künste und der akademischen Jugend waren immer Eckpfeiler einer freiheitlichen Hochschulpolitik und sind es noch heute.

Das diese Freiheit der Lehre in Gefahr ist, zeigten linke Störenfriede, als sie die Vorlesungen von ao.Univ.-Prof. Dr. Lothar Höbelt verhindern wollten. Während andere ÖH-Gruppen dazu schwiegen oder die Vorgangsweise sogar befeuerten, war der Ring Freiheitlicher Studenten die einzige Fraktion, die scharfe Kritik an den Störmaßnahmen übte. Solche Verhältnisse, wie es sie schon länger auch an deutschen Universitäten gibt, dürfen bei uns in Österreich nicht einreißen. Die Universitäten sind ein Ort der freien Rede, der Wissenschaft und des Gedankenaustausches. Wenn man durch solche Störaktionen versucht, die Meinungsfreiheit einzuschränken, dann muss es ein klares Signal geben, dass solche Vorgänge nicht toleriert werden. Die linken Krawallmacher, die mit ihrem totalitären Gedankengut gegen die demokratische Grundordnung verstoßen, müssen in die Schranken gewiesen werden.

ÖH-Wahl

Mit dem Motto „Mut zur Freiheit“ bietet der RFS ein wichtiges Kontrastprogramm zu den linken Einheitsfraktionen in der ÖH. Mit den Forderungen nach Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft und die Etablierung eines Freiwilligensystems, mehr Transparenz in der ÖH, aber auch der konsequenten Ablehnung des „Genderns“ als wissenschaftliches Kriterium legt der RFS den Finger in die Wunde eines Systems, das dringend reformiert werden muss.

Ich wünsche allen Kandidaten viel Kraft und Erfolg und bedanke mich für ihren Einsatz im Sinne der freiheitlichen Leistungsgemeinschaft. ●





LAND
OBERÖSTERREICH

**Familie
Wohnbau
Natur**



**Damit sich Deine
Leistung lohnt**

**Wir gestalten eine
sichere Zukunft**

- für unsere Familien
- im Wohnbau
- für unsere Natur

A bsolutes N eu land!



DIGITALISIERUNG IM BILDUNGSBEREICH

Auch acht Jahre nach Merkels berühmtem Ausspruch scheint das Internet für viele Politiker noch ein unentdeckter Ort zu sein.

Ein Beitrag vom Tiroler LAbg **Christofer Ranzmaier**

Die Lebensrealität der aktuellen Schüler- & Studentengeneration, aber natürlich auch deren Zukunft, ist zu einem überwiegenden Teil vom Thema Digitalisierung geprägt. Leider reagieren Österreichs Bildungsinstitutionen und die zuständige Politik auf diese Entwicklung mehr schlecht als recht.

Fehlende „digitale Reife“

„Das Internet ist für uns alle Neuland“, formulierte die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel im Jahr 2013 zum Spott der ganzen Welt, wo die Realität doch schon längst eine andere war. Wie treffend dieses Zitat den tatsächlichen Zugang der Politik zur digitalen Lebensrealität beschreibt, offenbart nun einige Jahre später die über die Welt hereingebrochene Corona-Krise, in der urplötzlich – gerade im wenig innovativen Bildungsbereich – die Notwendigkeit entsteht, auf den bereits in rasender Geschwindigkeit davonfahrenden Zug der Digitalisierung aufzuspringen.

Die Schließung der Schul- & Universitätsstandorte führte dazu, dass man sich von heute auf morgen über digitale Alterna-

tiven zum klassischen Frontalvortrag in Klassenzimmern und Hörsälen Gedanken machen musste, während doch zumindest eine digitale Ergänzung des Bildungsangebots schon längst Realität sein könnte. Eine Situation, die nicht nur die vorhandene Infrastruktur schnell an ihre Grenzen bringt, sondern insbesondere auch das Lehrpersonal, das sowohl in den Schulen, als auch an den Universitäten oft weit entfernt davon ist, über die nötige „digitale Reife“ dafür zu verfügen. Beweise, von misslungenen Streaming-Versuchen einer digitalen Lehrveranstaltung bis hin zu „schriftlichen Lehrveranstaltungen“, die einen ans Selbststudium bei regelmäßig genervten Lehrern in der eigenen Schullaufbahn erinnern, hat dafür das abgelaufene 2020er-Jahr wohl genügend geliefert. All das hat mit dem Anspruch, den man an ein modernes Bildungsangebot im Jahre 2021 stellt, absolut überhaupt nichts zu tun.

In der Privatwirtschaft bereits eine Selbstverständlichkeit

Doch gerade im Bildungsbereich wäre es äußerst gewinnbringend, wenn man die digitale Lebensrealität der jungen Men-



Christofer Ranzmaier

ist freiheitliche Bildungs- und Technologiesprecher im Tiroler Landtag. Von 2011 bis 2013 war er Landesobmann des RFS-Tirol.

Hol dir deine Uni zurück!

Ein Beitrag von Gudrun Kofler und Laura Egger

Von einem Tag auf den anderen wurden wir Studenten aus den Hörsälen und von den Universitäten verbannt. Das klassische Studentenleben gehörte durch die völlig unverhältnismäßige Corona-Hysterie plötzlich der Vergangenheit an.

Die andauernden „Corona-Semester“ stellen immer mehr Studenten vor schwierige Herausforderungen, wie finanzielle und psychische Probleme. Das oftmals mehr schlecht als recht funktionierende Distance-Learning ist dabei noch eine zusätzliche Belastung. Dass nun überhaupt darüber nachgedacht wird, die Hochschulen nur unter der Bedingung wieder zugänglich zu machen, dass sich gesunde Studenten regelmäßig testen lassen müssten, ist absolut inakzeptabel und gefährdet den freien Hochschulzugang.

Nein zum indirekten Impfwang

Es darf keinesfalls Benachteiligungen für Studenten geben, die sich nicht impfen oder ständig testen lassen wollen. Nur der RFS setzt sich für die bedingungslose und sofortige Öffnung aller Universitäten ein.

Gerade in dieser Thematik wäre die ÖH als Studentenvertretung gefordert, klar Stellung für die Studenten zu beziehen. Stattdessen trägt sie alle Maßnahmen der Regierung unter großem Jubel mit und lässt dadurch die Studentenschaft im Regen stehen.

Damit muss endlich Schluss sein!

Jetzt ist die Zeit gekommen, aktiv zu werden und für unsere Rechte einzustehen. Kämpfen wir für unsere Freiheit – holen wir uns unsere Universitäten zurück! ●

schen dazu nützt, den Schülern und Studenten neue Wege des Lernens und Erlebens von Wissen – abseits der klassischen Methoden – zugänglich zu machen, um so mehr Begeisterung & Motivation und dadurch in weiterer Folge natürlich auch bessere Ergebnisse zu ernten. Die allermeisten Schüler machen oftmals zum allerersten Mal begleitend zur Matura erste Erfahrungen mit einer gelungenen Umsetzung dieser Ideen – das aber nicht in Zusammenhang mit der Matura-Vorbereitung, sondern mit jener auf den Führerschein. Dort ist es seit knapp einem Jahrzehnt selbstverständlich, dass man mit einer App auf seinem Smartphone, die Möglichkeit hat, sich jederzeit und überall seinem Lernstoff zu widmen, um so die vielen Leerläufe im Alltag eines Jugendlichen sinnvoll zu füllen.

Hier stellt sich nun schon die nicht unberechtigte Frage, weshalb derartige Dinge in der Privatwirtschaft bereits eine Selbstverständlichkeit darstellen, während man im Jahr 2021 im öffentlichen Bildungsbereich noch Lichtjahre von derartigen 2010er-Innovationen entfernt ist. Hier hat man ganze Jahrzehnte an Innovation verschlafen, welche es nun dringend aufzuholen gilt. Denn gerade auch der Bereich der Digitalisierung stellt für kommende Generationen ja auch eine große Herausforderung, aber auch Chance dar, bei der es nicht unbedingt sinnvoll ist, wenn man die jungen Menschen einfach ihrem Schicksal überlässt.

Auch ÖH hat Digitalisierung verschlafen

Auf Basis der Erfahrungen der Corona-Krise und dem so erzwungenen Einsatz digitaler Mittel in der Lehre gilt es nun raschestmöglich entsprechende Lehren zu ziehen, um so aus der Not eine Tugend zu machen, und die Digitalisierung in der Lehre – auch bei Rückkehr zur Normalität an unseren Bildungseinrichtungen – endlich einen entsprechenden Platz zuzusichern. Gerade wenn es um die Lehrmittel geht, könnte man oft meinen, die Universität ist kurz nach dem Buchdruck in Sachen Innovation hängen geblieben, was keinesfalls ein zielführender Zugang für Institutionen ist, die ja auch international im Konkurrenzkampf stehen. Den Wettbewerbsvorteil, den man genossen hätte, wenn man die Chancen in diesem Bereich rechtzeitig genutzt hätte, haben nun leider andere Länder. Um das zu realisieren, sind nun die Politik und die verantwortlichen Personen in der Lehre dringend gefordert, bevor der Bildungsstandort noch weitere Jahrzehnte in seinem innovationslosen Dornröschenschlaf verharrt. Insbesondere aber auch die Österreichische Hochschülerschaft hat natürlich die Pflicht, die Rahmenbedingungen für die Studenten in unserem Land zu verbessern, wo man auch in diesem Bereich leider feststellen muss, dass die Thematik auch auf dieser Ebene vielfach „Neuland“ ist. ●

Gudrun Kofler & Laura Egger

Gudrun Kofler studiert Rechtswissenschaften und Germanistik an der Universität Innsbruck und arbeitet für den FPÖ-Landtagsklub. Laura Egger studiert ebenso auf der juristischen Fakultät und ist Generalsekretärin der Freiheitlichen Jugend Tirol.

Bild: Gudrun Kofler und Laura Egger
RFS Tirol Obfrau und Obfrau-Stv. (v.l.n.r.)



Trotz Pandemie:

Keine außerordentliche Kündigung in Studentenheimen

Studentenheimträger müssen in die Pflicht genommen werden. **Mag. Philipp Schrangl**



Philipp Schrangl

geb. 1985 in Linz, studierte am Wiener Juridicum Rechtswissenschaften welches er 2011 abschloss. In den Jahren 2008 und 2009 war er Bundesobmann und bis 2011 Mandatar in der Bundesvertretung für den RFS. Seit 2013 sitzt Mag. Philipp Schrangl für die FPÖ im Nationalrat und ist dort eine starke Stimme als auch Ansprechpartner der freiheitlichen Studenten.

Bild: Für viele Studenten ist die Corona-Krise auch eine große finanzielle Herausforderung.



Seit gut einem Jahr hat Corona unser Leben fest im Griff und schränkt unser gesellschaftliches Leben massiv ein. Die Medien berichten vielfach über die Auswirkungen der Pandemie auf das Privat- und Wirtschaftsleben. Doch wer dabei oft vergessen wird sind die Studenten an österreichischen Hochschulen.

Fakt ist, dass seit Ausbruch der Pandemie im März 2020 keine Präsenzlehre mehr an den Universitäten stattfindet und viele Studenten daher in ihre Heimatorte zurückgekehrt sind, nicht nur um Geld zu sparen sondern auch, um nicht alleine in den teils eingeschränkt nutzbaren Studentenheimen festzusitzen. Denn aufgrund der geltenden Hygienevorschriften ist die Nutzung von Gemeinschaftsküchen, Sportanlagen, Bibliotheken oder Aufenthaltsräumen in den jeweiligen Unterkünften nicht mehr möglich. Aus diesem Grund haben viele Studierende versucht, den jeweiligen Vertrag mit dem Studentenheim zu kündigen oder wenigstens das Benutzungsentgelt aufgrund der eingeschränkten Nutzbarkeit zu reduzieren - vergeblich.

Regierung muss Corona-Kündigung in Studentenheimen ermöglichen

Die Versorgung mit bedarfsgerechten Heimplätzen ist für Studenten und ihre Familien eine essentielle wirtschaftliche und soziale Frage, die auch abseits der Corona-Pandemie eine wichtige Thematik für den FPÖ Abgeordneten und Bautensprecher Mag. Philipp Schrangl im Bautenausschuss darstellt. Vor allem deswegen, weil Studentenheime oftmals die günstigere Alternative zur eigenen Wohnung oder einem Zimmer in einer Wohngemeinschaft darstellen. Aufgrund von Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit sind aber auch die vermeintlich „leistbaren“ Studentenheimzimmer oft-

mals weder durch die Eltern noch durch die Studierenden selbst finanzierbar. Seitens der Heimbetreiber wird dies aber nicht als Kündigungsgrund gesehen, da eine wirtschaftliche Notlage keine soziale Notlage darstelle und nur aus Letzterer unter anderem eine außerordentliche Kündigung möglich sei. Es müssen daher von politischer Seite dementsprechend bedarfsgerechte Möglichkeiten zur Kündigung im Zusammenhang mit der Corona-Krise geschaffen werden. Die aktuelle Situation zeigt die erheblichen Versäumnisse seitens der türkis-grünen Bundesregierung und bringt dabei den für Studenten nachteiligen Trend von gewerblichen Heimträgern zum Vorschein.

Gesetzliche Berücksichtigung gemeinnütziger Heimträger

Um die Situation für Studierende zu verbessern, bedarf es einer gesetzlichen Berücksichtigung gemeinnütziger Heimträger und Initiativen im Nationalrat. Vor allem aber muss verhindert werden, dass sich ein Heimplatz als ökonomischer Bumerang erweist und sich die Betreiber von Studentenheimen ihre eigenen außerordentlichen Kündigungsgründe „basteln“. Daher wird es durch Initiative des FPÖ Bautensprechers Mag. Philipp Schrangl noch vor Beginn des Sommersemesters 2021 einen Antrag geben, um den Studierenden ein außerordentliches Kündigungsrecht auf Grund der Corona Pandemie zu ermöglichen. Den Heimträgern sollen im Zuge dessen Entschädigungszahlungen zukommen, die die Einnahmeeinbußen aus der Unbenutzbarkeit der Studenteneinrichtungen kompensieren sollen. Sollten Heimträger dennoch eine außerordentliche Kündigung nicht ermöglichen, so sollen die betroffenen Studenten Entschädigungszahlungen auf Grund der Unbenutzbarkeit des Studentenheimes erhalten. Voraussetzung dafür ist freilich, dass sowohl ÖVP als auch GRÜNE mitziehen und nicht wie so oft, gegen ihre Prinzipien stimmen. ●

Impressum:

Ring Freiheitlicher Studenten, Stuckgasse 9/11, 1070 Wien



Was
kommt da
noch, Herr
Kurz?

GENUG IST GENUG

WIR BRAUCHEN EINE NEUE BUNDESREGIERUNG

KORRUPTIONSVORWÜRFE +++

VERFASSUNGSWIDRIGE **DEMON-**

STRATIONSVERBOTE +++ **VER-**

SAGEN VOR DEM **TERROR-**

ANSCHLAG VON WIEN +++ **LOCK-**

DOWN-WAHNSINN +++ **MASSEN-**

ARBEITSLOSIGKEIT +++ **REKORD-**

DEFIZIT +++ **SCHULCHAOS** +++

EINSCHRÄNKUNG DER FREI-

HEIT +++ **DEMOKRATIE** **ABBAU** +++

SENIOREN **ISOLIERT** +++ **IMPF-**

CHAOS +++ **VERSCHOBENE**

OPERATIONEN +++ **PEN-**

SIONEN **IN GEFAHR** +++

TESTZWANG ...



NORBERT HOFER
FPÖ-BUNDESPARTEIOBMANN

Moderne Frauenpolitik

Die freiheitliche **Nationalratsabgeordnete Rosa Ecker, MBA** sieht Frauen seit Jahrzehnten gesellschaftlich im Vormarsch. Doch der letzte Kampf für Gleichberechtigung und ein selbstbestimmtes Leben ist noch nicht geschlagen.

Seit über 100 Jahren dürfen Frauen wählen gehen. Das Jahr 1918 markiert den Start der Frauenpolitik in Österreich. Meiner Meinung nach war es auch ein weiterer, sehr wertvoller, wichtiger Schritt in Richtung einer positiven Zukunft der Frauen, als vor rund 40 Jahren, nämlich 1975, die Gleichberechtigung der Frauen ausgerufen wurde und es erlaubt wurde, dass Frauen arbeiten gehen dürfen, ohne dass es der Mann verbieten konnte. Rund 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechtes sprechen wir immer noch von Gleichberechtigung und Gleichbehandlung, nunmehr auf anderen - aber mindestens genauso wichtigen - Ebenen.

Chancengleichheit

Frauen haben diese Möglichkeit der Entwicklung sehr gut ergriffen. Sie sind in allen Lebens- und Arbeitsbereichen präsent, nutzen die Chancen, die ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen UND übernehmen dabei gänzliche Verantwortung. Allerdings darf „Chancengleichheit“ kein leeres Schlagwort sein. Das betrifft einerseits die Chancengleichheit innerhalb der Familie und andererseits die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Zu diesen Grundvoraussetzungen zählt vor allem die Gleichstellung im Arbeitsleben, besonders im monetären Bereich, nämlich wenn es um gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit geht.

Von allen Hilfesuchenden, die sich beispielsweise an die Gleichbehandlungsanwaltschaft wenden, sind zwei Drittel Frauen. Dabei geht es neben sexueller Belästigung auch um die nach wie vor mangelnde Gehaltstransparenz am Arbeitsplatz. Es besteht zudem auch die Gefahr, dass Bildungsabschlüsse (Matura, Lehrabschluss, Studienabschluss...) aus dieser Corona-Zeit zum Stigma werden könnten.

Erschreckend ist, dass Frauen nach wie vor ab dem Moment der Bekanntgabe einer Schwangerschaft, mit verschlechternden Arbeitsbedingungen zu kämpfen haben. Diese geschlechterbezogene Benachteiligung in der Arbeitswelt gehört im Jahr 2021 endlich beendet. Zusätzlich gelten Frauen oftmals als „zu alt“ für einen Job, obwohl sie noch nicht einmal das 50. Lebensjahr vollendet haben. Offen-

sichtlich sind die Lobeshymnen auf das große Potential älterer Arbeitnehmerinnen in punkto Erfahrung, Loyalität und Wissen, nach wie vor bloß reine Lippenbekenntnisse.

Corona als Herausforderung

Eine vorliegende SORA-Studie bestätigt zudem, dass Frauen nach wie vor die die Hauptlast während der

Lockdowns tragen, da eine überwiegende Mehrheit der in systemrelevanten Bereichen Tätigen, weiblich sind. Zwei Drittel der befragten Frauen geben an, stark belastet zu sein und jede Dritte hat die Arbeitszeiten auf den frühen Morgen oder Abend verlegt, um Kinderbetreuung und Arbeit unter einen Hut zu bekommen. Gar jede Zehnte arbeitet in der Nacht - da besteht dringender Handlungsbedarf.

Was es jetzt braucht, ist ein Krisenplan - speziell für Frauen. Jenen die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, droht der direkte Weg in die Armut. Einer besonders angespannten Situation sind vor allem die in unsicheren oder atypischen Bereichen Arbeitenden, ausgesetzt. Umfangreiche Angebote wie Schulungs- und Ausbildungsmaßnahmen, sind in diesem Bereich unerlässlich.

Eingewanderte Gewalttäter

Die COVID-19 Pandemie und die nicht enden wollenden Lockdowns haben auch in unserem Land zu einem erschreckenden Anstieg von häuslicher Gewalt geführt. Es grenzt schon an Hohn, wenn nunmehr sogar die Frauenministerin (ÖVP) letztlich erkannt hat, dass Gewalt in bestimmten Communities Tradition hat. Die FPÖ warnt schon lange vor diesem frauenfeindlichen Weltbild auf Grund falsch verstandener Religionstoleranz.

Frauen sind also - selbst im Jahr 2021 - nach wie vor mit sehr vielen Herausforderungen konfrontiert. Was wird im politischen Bereich von der Regierung als Lösung propagiert? Von automatischem Pensionssplitting, Quoten in Aufsichtsräten und im öffentlichen Bereich, bis zu Genderwahn ist vieles - aber wenig hilfreiches - dabei.

Das Wesentliche verliert sich, denn die tatsächlichen Entlastungen lassen auf sich warten. Nach wie vor arbeiten viele Frauen unterbezahlt und überbelastet im Pflegebereich oder in der häuslichen Pflege. Finanziell prekär geht es für die meisten dann in der

“

Nicht umsonst wird unsere Sprache als Muttersprache bezeichnet.



Rosa Ecker

war von Oktober 2015 bis Oktober 2019 aus Oberösterreich entsandtes Mitglied des österreichischen Bundesrats. Seit dem 23. Oktober 2019 ist sie Abgeordnete zum Nationalrat. Die aus dem Mühlviertel kommende Pflegemutter ist verheiratet und hat drei Kinder.

Bildung in der Krise

Für den oberösterreichischen FPÖ-Landesparteiobmann Dr. Manfred Haimbuchner und den freiheitlichen Bildungssprecher im Nationalrat Hermann Brückl, MA befindet sich der Bildungssektor während der Pandemie in einer verfahrenen Situation. Auf Besserung seitens der Bundesregierung ist nicht zu hoffen.

Wie es aussieht, wenn eine Regierung nicht das große Ganze im Blick hat, sondern nur von Pressekonferenz zu Pressekonferenz denkt, das zeigt Schwarz-Grün seit gut einem Jahr. Zu den Opfern dieser Show-Politik gehören nicht nur tausende Arbeitnehmer und Unternehmer, sondern auch die zukünftigen Leistungsträger der Gesellschaft, nämlich die Kinder.

Unterricht ermöglichen

Manfred Haimbuchner und Hermann Brückl fordern einen „normalen“ Schulbetrieb während der Pandemie. Die Zahlen zeigen eindeutig, dass Schüler – anders als Senioren – unter den Intensivpatienten keine signifikante Größe darstellen, also auch nicht besonders zur Überlastung des Gesundheitssystems beitragen können. Gleichzeitig finden sich renommierte Studien, die nahelegen, dass Schulen einen vernachlässigbaren Einfluss auf das Infektionsgeschehen haben.

Den Schülern würden durch „Home-Schooling“ und „Distance-Learning“ nämlich wichtige soziale Kontakte genommen. Brückl sieht darin zudem wirtschaftliche Folgen für Oberös-

terreich. Wenn das Bundesland auch künftig im wirtschaftlichen Spitzenfeld Österreichs mitspielen wolle, brauche es „top augebildete“ Fachkräfte. „Mit Fernunterricht gelingt das jedenfalls nicht“, sagte der Bildungssprecher des FPÖ-Parlamentsklubs in einer Pressekonferenz gemeinsam mit Manfred Haimbuchner.

Zudem bezeichnet er die nach den Semesterferien verpflichtenden Corona-Tests in Schulen als „Anschlag auf die allgemeine Schulpflicht“. „Die aktuellen Infektionszahlen rechtfertigen das nicht. Der Schulalltag muss wieder wie gewohnt passieren. Ganz ohne FFP2-Masken, Testwahnsinn, ‚Distance Learning‘ und Schichtbetrieb. Allerdings mit einem ausgearbeiteten Hygienekonzept. In meinen Augen ist Schule mit Präsenzunterricht möglich und unverzichtbar“, sagt Brückl.

Was das Hygienekonzept betrifft, so empfiehlt Brückl Unterricht in „größeren Räumen“. Damit das Infektionsrisiko außerdem gering gehalten wird, sollen auch Scheiben aus Acrylglas zum Einsatz kommen.

Ältere schützen

FPÖ-Landesparteiobmann Haimbuchner stützt die Forderung nach einem „normalen Schulalltag“ unter anderem darauf, dass Schüler „nicht in dem Ausmaß zum Infektionsgeschehen beitragen wie Ältere“. „In Oberösterreich machen Menschen im Alter von 65 Jahren aufwärts einen großen Teil der Intensivpatienten aus“, sagt Haimbuchner. Er fordert daher, dass besonders jene Oberösterreicher vor dem Corona-Virus geschützt werden. ●



Bild : Ohne Frauen kann es keine Familien geben, deshalb ist es doppelt so schön, dass sich nach wie vor auch viele junge Frauen nicht nur für Kinder entscheiden, sondern diese auch in den ersten Lebensjahren selbst betreuen wollen.

Pension weiter. Familien- und Pflegearbeit wird nicht entsprechend anerkannt, weder ideell noch finanziell. Dabei ist eines klar: Familie ohne Frau geht nicht!

Zeit für die Kinder nehmen

Im 21. Jahrhundert sind Frauen so gut ausgebildet wie noch nie und immer öfter bereit, auch politisch in der ersten Reihe zu stehen. Erfreulicherweise wollen sich aber laut einer Umfrage junge Mütter weiterhin auch Zeit nehmen, ihre Kinder in den ersten Lebensjahren selbst zu betreuen. Nicht umsonst wird unsere Sprache als MUTTERSprache bezeichnet. Das gibt Hoffnung, denn Wertevermittlung, Heimatbegriff und vieles das besonders wichtig ist, um gut im Leben zu stehen, wird innerhalb der Familie vermittelt und gelebt. ●

Bilder : Manfred Haimbuchner und Hermann Brückl (v.l.n.r.) machen sich für die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen stark.



Ohne Bildung keine Zukunft!

Ein Beitrag vom freiheitlichen Bildungssprecher im Nationalrat Hermann Brückl, MA



Bild: Universitäten sind Stätten des Austausches und der Begegnung. Seit einem Jahr sind diese jedoch geschlossen, das wirkt sich auch negativ auf die Seele und Psyche der Betroffenen aus.



Hermann Brückl

ist seit 2015 Abgeordneter zum österreichischen Nationalrat und dort Bildungssprecher der FPÖ. Zuvor war Brückl von 2010 bis 2015 aus dem Bundesland Oberösterreich entsandtes Mitglied des österreichischen Bundesrates.

Seit Beginn der Corona-Krise hofft und vertraut die Bevölkerung darauf, dass die Bundesregierung diese Krise wirksam, effektiv und vor allem rasch bewältigen wird.

Diese Hoffnungen wurden von der Bundesregierung jedoch noch zu keinem Zeitpunkt erfüllt. Kurz, Kogler und Co setzen seit Monaten vielfach nicht nachvollziehbare und zum Teil widersprüchliche Maßnahmen, die zu einer Spaltung unserer Gesellschaft führen. Die Bundesregierung betreibt ein Krisenmanagement, das auf die Einschränkung der Freiheitsrechte abzielt und auf Angst- und Panikmache setzt. Sie verspielt mit ihrer Maßnahmenpolitik das Vertrauen der Menschen in unserem Land. Vieles von dem, was Schwarz-Grün verordnet, kann einfach niemand mehr verstehen und steht in keinem Verhältnis zum Schaden, der angerichtet wird. Schüler, Studierende, Lehrer und Professoren befinden sich seit Monaten im „Distance-Learning“, ausgesperrt aus der Schule und eingesperrt zu Hause. Die Schulen, Universitäten und Fachhochschulen sind zu, Bildung und die Kontakte zu ihren Freunden werden unseren Kinder und den Studierenden vorenthalten bzw. verboten.

Gerade im Bildungsbereich zeigen sich die katastrophalen Auswirkungen der völlig verfehlten Regierungsmaßnahmen deutlich.

Gesundheitliche und soziale Schäden

Es sind nicht nur Bildungsrückstände und

Bildungsverluste, die eintreten, sondern es sind die gesundheitlichen und die soziale Schäden, die diese Regierung anrichtet und die nicht wieder gut zu machen sind. Die Volksschüler scheitern teilweise schon beim Erlernen der Grundkompetenzen. Den Jugendlichen in den Mittelschulen und Gymnasien gehen die Tagesstruktur und das gemeinsame Lernen verloren. Die Studenten haben seit einem Jahr keine Universität mehr von innen gesehen. Das alles drückt schwer auf Seele und Psyche. Das schlimmste aber sind die fehlenden sozialen Kontakte! Keine Möglichkeit Freunde zu treffen, geschweige denn, neue Freunde kennen zu lernen, keine Chance einen Partner für's Leben zu finden, keine Feste, kein Vereinsleben, keine Bewegung, kein Sport!

Kurz pfeift auf Expertenmeinungen

Durch die Schließung unserer Bildungseinrichtungen wurde unseren Kindern und unserer Jugend der soziale Boden unter den Füßen weggezogen. Sie leiden massiv unter den untauglichen Regierungsmaßnahmen, die Bundeskanzler Kurz zu verantworten hat. Denn er allein hat entgegen vielen Expertenmeinungen die Schulen und Universitäten „geschlossen“. Sogar sein Bildungsminister und die regierungseigene Ampelkommission, die ja mittlerweile, wie wir wissen zum totalen Rohrkrepierer geworden ist - weil de facto außer Betrieb -, haben sich für das Offenhalten der Schulen ausgesprochen. Kurz war das egal!

Seit Monaten setzen wir Freiheitliche uns für die Öffnung der Schulen ein!

Vor Monaten schon, haben wir Konzepte vorgelegt, wie der Unterricht an unseren Schulen, sowie auch Vorlesungen an Universitäten funktionieren könnten, und zwar ohne Maske und ohne sinnlose Massentests. Doch Kurz und Faßmann ist das egal.

Schwarz-grünes Missmanagement sofort beenden

Die Maßnahmen der Regierung drücken schwer auf die Seelen und auf die Psychen unserer Kinder und unserer Studierenden. Das muss ein Ende haben! Und zwar so rasch wie möglich! Die Forderung „Kurz muss weg“ ist daher allzu verständlich und nur die logische (wenn auch verkürzte) Antwort auf das Missmanagement der schwarz-grünen Bundesregierung. ●

Trotz laufender Terrorermittlungen: Professor immer noch tätig!

Salzburger Politologe hat keine dienstrechtlichen Konsequenzen zu befürchten.

Wir alle haben noch die schrecklichen Bilder des Terroranschlages vom 02. November 2020 im Kopf, als ein feiger und islamistisch motivierter Attentäter die fundamentalen Grundrechte der Österreicher in einem Feuergefecht zu erschüttern versuchte.

Im Zuge dessen haben diverse Razzien im Umfeld der Muslimbrüder stattgefunden in dessen Visier auch der Politikwissenschaftler Dr. Hafez von der Universität Salzburg geraten ist. Dieser hatte in einem Onlineartikel für eine Islamophobie-Initiative auf der Website der Georgetown University in Washington, D.C von einer „Kriminalisierung des Islam“ gesprochen und im Zuge dessen die Vorgehensweise der Polizei auch die Razzien mit den NS-Novemberprogromen verglichen.

Berufung auf die Unschuldsvermutung

Seitens der Staatsanwaltschaft Graz, welche die Ermittlungen wegen Verdachts der Terrorismusfinanzierung durch die Muslimbruderschaft vorantreibt, hält man sich vornehm zurück und verweist lediglich auf laufende Ermittlungstätigkeiten sowie der Tatsache, dass Unterlagen und Datenträger ausgewertet werden würden. Aber auch auf Seiten der Universität stößt man auf Mauern des Schweigens. In einem Statement stellt die Hochschule klar, dass für den „in Österreich geborenen und aufgewachsenen, weltweit anerkannten Wissenschaftler die Unschuldsvermutung gelte solange weder eine Anklage noch ein Urteil ausgesprochen worden ist.“

Parlamentarische Anfrage

Doch wie kann es sein, dass an einer österreichischen Hochschule Kontexte des Antisemitismus in Lehren und Projekten behandelt und finanziert werden?

Dieser Frage wurde in der parlamentarischen Anfrage des Nationalratsabgeordneten Mag. Philipp Schrangl nachgegangen

gen und seitens der Universität Salzburg wie folgt beantwortet:

„Die Projekte von PD Dr. Hafez werden von der Jameel-Foundation finanziert. Sitz der Stiftung ist Vaduz, (Anm. Schweiz). Der Stiftungszweck ist die Förderung philanthropischer/wissenschaftlicher Aktivitäten. Die Finanzierung und der Gehalt des Professors wird von ‚Muslim Life in Austria‘ (Anm. der Jameel-Foundation) finanziert.“

“

Auf Seiten der Universität stößt man auf Mauern des Schweigens.

Aus der Beantwortung der parlamentarischen Anfrage geht auch hervor, dass der Kontakt zu der Stiftung über eine ehemalige Absolventin zustande gekommen sei und ein Teil der Gelder auch aus Saudi-Arabien stamme. Der Abgeordnete Mag. Schrangl betont dabei, dass Auslandsfinanzierungen, vor allem in Form von Drittmitteln, durch das Islamgesetz verboten seien und dieses offensichtliche Schlupfloch durch das Universitätsgesetz künftig unterbunden werden müsse.

Umstrittener Professor mit Ablaufdatum?

Dabei wird betont, dass in diversen Projekten bzw. Lehren an der Universität nicht über Inhalte der Islamophobie sondern lediglich über Antisemitismus diskutiert werde. Somit bleibt schlussendlich die offene Frage, ob man in einem laufenden Diskurs an der Universität diese Grenze einhalten kann und ob die Tätigkeit des Professors mit seinem Vertragende am 31. Oktober 2021 endet. ●



Bild: Der an der Universität Salzburg als Professor beschäftigte Dr. Farid Hafez wird durch ausländische Zahlungen finanziert.

Wiener Akademikerball

in den Festsälen der Wiener Hofburg



Karten-, Logen- und Tischbestellungen

Rathausplatz 8/3/9, 1010 Wien

Tel.: +43 (0) 664 358 99 25

Fax: +43 (0) 664 77 358 99 25

Der Wiener Akademikerball lädt zu einer rauschenden Ballnacht in die imperialen Prunksäle der Wiener Hofburg. Erleben Sie einen einzigartigen Abend voll Glanz, Glamour und Tradition. Prächtig dekorierte Räume, beschwingte Melodien vom Walzer bis zum Jazz.

9.

www.wiener-akademikerball.at

Abtreibung & Hochschule

Während die Bundes-ÖH Abtreibungen mit Studentenbeiträgen finanzieren will, bekommt die ProLife-Bewegung immer mehr Zuspruch. Von **Tamara Todorovic**

Samstag, 17. Oktober 2020. 2000 Teilnehmer, Privatpersonen und Vereine, versammeln sich trotz Pandemie vor dem Stephansdom in der Wiener Innenstadt, um beim Marsch fürs Leben die Rechte vorgeburtlicher Menschen hochzuhalten. Daneben, eine deutlich kleinere Gruppe aus Gegendemonstranten, feministischen Gruppen und Linksradikalen, die aggressiv mit Sitzblockaden und Geschrei versuchen, die friedliche Kundgebung zu stören.

Marxismus & Abtreibung

Einer der Organisatoren der Störaktion ist die kommunistische ÖH-Fraktion KSV-Lili. Wenig verwunderlich, wenn man weiß, dass die Sowjetunion als erster Staat vor gut hundert Jahren Abtreibungen im heutigen Sinne legalisierte.

Die Ideen der Marxisten sind hundert Jahre später auch im Mainstream der Politik angekommen: Bei einer Befragung der Wahlkabine im Jahr 2015 antworteten alle Fraktionen bis auf AG, RFS, FLÖ und JUNOS, dass sie den Vorschlag von Gratis-Abtreibungen für Studentinnen, finanziert durch die ÖH, unterstützen würden. Warum dies nicht umgesetzt wurde, wird wohl an finanziellen oder organisatorischen Gründen liegen.

Soll das nun jedoch heißen, dass Personen die politisch eher links stehen, nicht auch gegen Abtreibung sein können? Nein auf keinen Fall! Aber könnte ich noch in den Spiegel sehen, wenn ich weiterhin die Parteien wählen würde, die so etwas unterstützen?

Bild: Antifa-Aktivisten bei einer Demonstration gegen den Familienmarsch im Jahr 2018 in der Wiener Innenstadt.



Aufgrund dessen entschied ich mich selbst politisch aktiv zu werden und nicht länger zu dulden, wofür unsere ÖH-Beiträge verwendet werden. Eine lebensbejahende Gesellschaft besteht nicht nur aus Verboten, sondern auch aus Unterstützung für werdende Eltern und braucht somit eine familienfreundliche Politik auch an den Hochschulen.

Aus diesem Grund wurde 2019 die Bewegung „ProLife Europe“ ins Leben gerufen. Wir halten es für notwendig, dass sich an den Universitäten die „ProLife“-Seite genauso Gehör verschafft, wie es die „ProChoice“-Seite, vertreten durch die ÖH, bisher gemacht hat. Die schnell anwachsende Anzahl der aktiven Hochschulgruppen von „ProLife Europe“ zeigt deutlich, dass es mehr als genug Studenten gibt, die der Auffassung sind, dass jedes Menschenleben vom Anfang bis zum natürlichen Tod schützenswert ist!

Zwei Jahre nach der Gründung von „ProLife Europe“ gibt es europaweit

bereits 32 Gruppen, die sich für die Wehrlosesten unserer Mitmenschen stark machen.

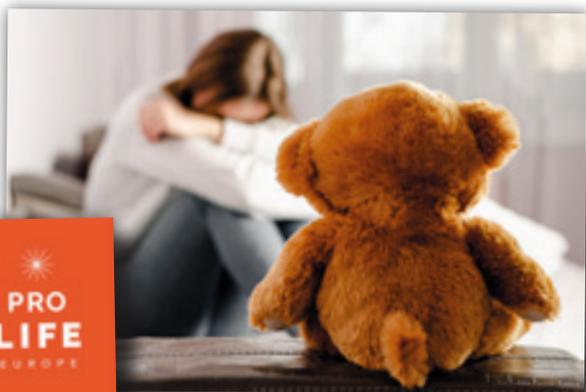
Allein in Österreich, wo pro Jahr rund 20.000 bis 30.000 Abtreibungen stattfinden, sind seit der Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen mehr als 1.500.000 einzigartige Personen verloren gegangen, die niemals das Licht der Welt erblicken durften. Wir können dies nicht mehr rückgängig machen, aber wir können zukünftiges Unrecht vermeiden. Es liegt an unserer Generation aufzuzeigen, dass die Diskriminierung von Menschen, aufgrund ihres Alters und Entwicklungsstandes, aufgehoben muss. Wir waren alle mal in diesem Stadium - klein und schwach - jedoch hat uns dies nicht weniger wertvoll gemacht.

Mit der Abtreibungsthematik verbindet mich auch eine sehr persönliche Geschichte: die meiner eigenen Familie. Nur durch den Einsatz seines Vaters vor seiner Geburt vor einer Abtreibung geschützt. Aber auch mein Leben wurde mit Gottes Hilfe gerettet, sodass ich als gesundes Baby auf die Welt kam.

Aufgabe: Leben schützen

Wie sollte ich somit das Leben als etwas anderes als ein Geschenk und kein schlichtes Zufallsprodukt sehen. Für mich gehört es somit zur Aufgabe, Leben zu schützen, egal in welchem Stadium es sich befindet.

Bild: Jährlich werden in Österreich 20.000 bis 30.000 ungeborene Kinder abgetrieben. Über das damit verbundene Leid wird öffentlich kaum gesprochen.



Deshalb bin ich sehr froh ein Teil der überkonfessionellen und überparteilichen „ProLife Europe“-Bewegung sein zu können. Denn dadurch kommen Studenten zusammen, die oftmals schon ehrenamtlich arbeiten und manchmal sogar politisch tätig sind, um die Stimme für diejenigen zu sein, die noch nicht für sich selbst sprechen können.

Tamara Todorovic

ist stellvertretende Leiterin der ProLife-Gruppe in Vorarlberg. Sie studiert auf der FH Vorarlberg und kandidiert als ehemalige FV-Mandatarin bei der heurigen ÖH-Wahl für den RFS.

Doch damit die Bewegung Erfolge verbuchen kann, braucht es tatkräftige Mitglieder und Unterstützer. Sowohl Personen, die die Infos-Stände betreuen, als auch Gönner, die für die Unkosten aufkommen. Alle Studenten sind willkommen sich bei unserer Regional Koordinatorin belinda.schmölzer@prolifeeurope.org zu melden, um Mitglied bei einer der vielen lokalen Orts-, Stadt- oder Uni-Gruppen zu werden! Wer sich dafür nicht geeignet sieht, hat hingegen die Möglichkeit diese Gruppen finanziell unter prolifeeurope.org/donate zu unterstützen. Jeder noch so kleine Beitrag hilft eine Kultur des Lebens zu unterstützen, in der jedem ungeborenen Kind das gleiche Recht zugesprochen wird und es Frauen erleichtert wird ja zu ihrem Kind zu sagen. ●



Mag. Harald Stefan
Abgeordneter zum Nationalrat

Für eine starke freiheitliche
Vertretung an den Universitäten

Wider die Diskursverengung

Ein Appell für Meinungsvielfalt statt blindem Regierungsglauben in Medien, Politik und Wissenschaft. Ein Kommentar von **NAbg. Christian Hafenecker, MA**

Seit rund einem Jahr nimmt die Bundesregierung das neuartige Coronavirus zum Anlass für in der Geschichte unserer Republik noch nie dagewesene Einschränkungen der Grund- und Freiheitsrechte. Parallel dazu dominiert die Pandemie die mediale Berichterstattung, neben Politikern und den von ihnen verhängten Maßnahmen wurde auch die Wissenschaft wie kaum zuvor in den Fokus gerückt. „Wissenschaft lebt von Auseinandersetzung“ ist ein geflügeltes Wort, das die Notwendigkeit des akademischen Diskurses, der Vielfalt wissenschaftlicher Meinungen und Disziplinen, auf den Punkt bringt. Aufgabe der Medien wäre es in diesen Zeiten daher, diese Vielfalt in ihrer Berichterstattung abzubilden, der Öffentlichkeit ein breites Informationsspektrum anzubieten und als selbsternannte „vierte Gewalt“ das Handeln der Regierenden stets zu hinterfragen. All das erleben wir in Bezug auf die Corona-Pandemie jedoch bis auf wenige verdiente Ausnahmen leider nicht.

Die Rolle der Medien

Die Mainstream-Medien nehmen vielmehr die Angst- und Panikspins der Bundesregierung unreflektiert auf und lassen dementsprechend fast ausschließlich Experten zu Wort kommen, die eben diese Regierungs-

politik bestätigen. Renommierte Wissenschaftler, die zu Verhältnismäßigkeit aufrufen, evidenzbasiert auf die Wirkungslosigkeit der Endlos-Lockdowns und anderer Maßnahmen verweisen, werden entweder totgeschwiegen oder ins Eck der „Covidioten“ und „Corona-Leugner“ gestellt. Bürger, die zu zehntausenden für ihre Grund- und Freiheitsrechte auf die Straße gehen, müssen sich von Regierungsvertretern, flankiert von der Mainstream-Presse, als „Rechtsextreme“ diffamieren lassen. Ein Schelm, wer bei dieser unheilvollen Polit-Symbiose zwischen Regierung und etablierten Medien einen Zusammenhang mit den „Corona-Medienhilfspaketen“ im Umfang von rund 36 Millionen Euro plus millionenschwerer Inseratenschaltungen im Zuge der regierungseigenen Angstkampagnen vermutet.

Diese (frei-)willige Gleichschaltung der Medienlandschaft zu regelrechten Regierungslautsprechern hat zu einer für jede Demokratie schädlichen Verengung des öffentlichen Diskurses geführt, die nicht nur kritische

Stimmen verstummen lassen soll, sondern auch alle anderen politischen Themen zu puren Nebenschauplätzen degradiert, obwohl diese unser Leben genauso tagtäglich betreffen.

Seit über 170 Jahren für die Freiheit

Doch immer, wenn die Stunde überbordender staatlicher Bevormundung, der Unfreiheit und auch der Willkür schlägt, schlägt dabei auch die Stunde von uns Freiheitlichen. Durch unsere über 170-jährige Geschichte tragen wir das Eintreten für Grund- und Freiheitsrechte in unserer politischen DNA und sind daher auch heute die einzige politische Kraft, die dem Corona-Regime von Kurz & Co die Stirn bietet! ●



Bild: Der Niederösterreich Christian Hafenecker ist seit 2013 freiheitlicher Abgeordneter zum Nationalrat.

Wiener Akademikerball

in den Festsälen der Wiener Hofburg



Karten-, Logen- und Tischbestellungen

Rathausplatz 8/3/9, 1010 Wien

Tel.: +43 (0) 664 358 99 25

Fax: +43 (0) 664 77 358 99 25

Der Wiener Akademikerball lädt zu einer rauschenden Ballnacht in die imperialen Prunksäle der Wiener Hofburg. Erleben Sie einen einzigartigen Abend voll Glanz, Glamour und Tradition. Prächtig dekorierte Räume, beschwingte Melodien vom Walzer bis zum Jazz.

9.

www.wiener-akademikerball.at

FPÖ

Freiheitlicher
Landtagsklub OÖ

OÖ bekommt Technische Universität

- Schon ab **2024** soll an neuer TU studiert werden.
- Schwerpunkt **Digitalisierung** und digitale **Transformation**

”

Die neue TU wird ein zentraler Baustein, um Oberösterreich und Österreich aus der Krise zu führen.“

Ing. Herwig Mahr
FPÖ-Klubobmann

